

Antrag

AntragsstellerIn: Landesvorstand

Gegenstand: **Klare Abgrenzung gegen den Rechtspopulismus der AfD**

1 Antragstext

2 Die zunehmend rechtspopulistische Orientierung der Partei „Alternative für
3 Deutschland“ (AfD) und die immer offener zu Tage tretende menschenfeindliche
4 Haltung zahlreicher ihrer Amts- und Mandatsträger*innen macht es erforderlich,
5 dass Demokratinnen und Demokraten, die für die Grundrechte und die Werte des
6 Grundgesetzes stehen, sich deutlich von ihr abgrenzen. Die aktuellen Versuche
7 der AfD, von rassistischen Stimmungen - insbesondere auch in Sachsen - zu
8 profitieren und diese gezielt zu schüren, unterstreichen diese Notwendigkeit.

9 Mit der Ablösung des Bundesvorsitzenden Bernd Lucke durch die sächsische
10 Landesvorsitzende Frauke Petry Anfang Juli 2015 hat die AfD klar einen
11 rechtspopulistischen Kurs eingeschlagen. Bürgerlich-liberale Kräfte haben die
12 Partei verlassen. Das Ex-AfD-Mitglied Hans-Olaf Henkel (Mitglied des
13 Europaparlaments) hat festgestellt, dass die AfD zu einer „NPD im Schafspelz“
14 werde.

15 Wir haben die AfD seit ihrer Wahl in den Sächsischen Landtag beobachtet, ihren
16 Vertreter*innen im Plenum und auf rassistischen Demonstrationen im Freistaat
17 zugehört und ihre politischen Initiativen analysiert. Anders als ihr Ex-Mitglied
18 Henkel setzen wir die AfD nicht mit der NPD gleich, aber wir beobachten ihr
19 Bestreben, Stimmen vom rechten Rand zu gewinnen. Zwar fehlt eine klar völkische
20 Orientierung in den offiziellen Programmen der AfD, aber die AfD hat sich für
21 neonazistische und rassistische Meinungen geöffnet und scheint sich für
22 Rassist*innen noch weiter öffnen zu wollen. Wir haben frühzeitig auf diese
23 Entwicklung hingewiesen und gewarnt, dass mit der AfD Einstellungsmuster der
24 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verbreitet werden. Anders als der offene
25 Neonazismus bleibt der Rechtspopulismus der AfD dabei oft bewusst im Ungefähren,
26 um flexibel genug zu sein, gezielt aktuelle Stimmungen bedienen zu können. Es
27 ist dieses Spiel - nicht eine feste Ideologie - das diesen Rechtspopulismus
28 gefährlich macht.

29 Aktuell ist zu beobachten, dass Mitglieder und Mandatsträger*innen der AfD bei
30 rassistischen Demonstrationen, wie etwa in Freital und Heidenau oder in Leipzig,
31 mitlaufen. In Sachsen organisiert die AfD selbst Demonstrationen gegen das
32 angebliche „Asylchaos“. Dass ihr dies bisher mit nur mäßigem Erfolg gelingt, ist
33 der Stärke der Pegida-Bewegung in Sachsen geschuldet. In Thüringen demonstriert
34 die AfD sogar ganz offen mit Neonazis zusammen, wovon sich der sächsische AfD-
35 Verband nicht distanziert. Und auch in Sachsen ist zu beobachten, dass einzelne
36 Mitglieder der AfD keine Berührungsängste mit der neonazistischen
37 Kameradschaftszene im Freistaat haben.

38 In der politischen Auseinandersetzung schreckt die AfD zudem vor dem Mittel der
39 Diffamierung nicht zurück. Wenn sich die Bundeskanzlerin von Rassismus
40 distanziert, kommentiert die AfD-Bundesvorsitzende Petry dies mit den Worten:
41 „Merkel beschimpft das eigene Volk.“ Der AfD-Bundes-Vize und brandenburgische
42 AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland macht für Anschläge auf
43 Flüchtlingsunterkünfte „die Politiker der Altparteien, die zur jetzigen
44 Eskalation der Flüchtlingsproblematik beigetragen haben“ verantwortlich. Den
45 Protest der Brandenburger Landtagsfraktionen dagegen, kommentiert der
46 Parlamentarische Geschäftsführer der sächsischen AfD-Landtagsfraktion, Uwe
47 Wurlitzer, folgendermaßen: „Brandenburger Landtag entwickelt sich zur DDR-
48 Volkskammer“. Nach den Gewaltnächten in Heidenau etwa sprach die AfD von
49 "gesprächsbereiten Bürgern". Damit ist klar: Die AfD will nicht Teil des
50 demokratischen Diskurses sein, sie will ihn zerstören. Damit verbietet sich auf
51 allen Ebenen jegliche Zusammenarbeit mit ihr. Diese Haltung müssen wir als GRÜNE
52 konsequent vertreten und der zunehmenden Verrohung der politischen Kultur in
53 Sachsen entschieden begegnen.

54 In diesem Zusammenhang nehmen wir auch sehr genau wahr, wenn die AfD
55 beispielsweise Formulierungen wie „Asyllobbyisten und Scheinmoralisten“ („Blaue
56 Post“, Zeitung der AfD-Landtagsfraktion, Juli 2015) verwendet oder den
57 „Genderismus“ als eine „menschenfeindliche“ Ideologie (AfD-Landtagswahlprogramm)
58 bezeichnet. Dass das Engagement für eine menschenrechtsorientierte
59 Flüchtlingspolitik als „Asyllobbyismus“ und das Eintreten für Gleichstellung und
60 Geschlechtergerechtigkeit als „menschenfeindlich“ diffamiert werden, ist gerade
61 für uns GRÜNE auf keinen Fall hinnehmbar. Dort, wo die AfD mehr direkte
62 Demokratie fordert, geht es ihr nicht um die Stärkung der Demokratie, sondern um
63 die Ausgrenzung von Minderheiten. Wir reichen den AfD-Demagog*innen nicht die
64 Hand.

65 Selbst wenn es kommunale AfD-Mandatsträger*innen geben sollte, die für sich in
66 Anspruch nehmen, in erster Linie den Anti-Euro-Kurs der AfD und keine
67 menschenfeindlichen Positionen zu vertreten, müssten sich diese klar von den
68 genannten Aktionen und Äußerungen von Vertreter*innen ihrer Bundes- und
69 Landespartei distanzieren. Wo das nicht geschieht, muss ernsthaft bezweifelt
70 werden, dass sie sich an der Werteordnung der Grund- und Menschenrechte
71 orientiert, die die notwendige Gemeinsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten
72 sein muss.

73 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen empfiehlt daher allen GRÜNEN
74 kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie den sächsischen GRÜNEN
75 Abgeordneten im Sächsischen Landtag von jeglicher Zusammenarbeit mit Fraktionen

76 oder Mandatsträger*innen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) abzusehen. Dazu
77 gehört die Regel, dass Anträgen der AfD in den Parlamenten nicht zugestimmt
78 wird.

Begründung

In der aktuellen politischen Lage, die in Sachsen stark durch menschenfeindliche Bewegungen geprägt ist, spielt die AfD eine negative Rolle. Auch weil die AfD in den letzten Monaten, insbesondere nach dem Amtsantritt von Frauke Petry als Bundesvorsitzende, noch einmal einen starken Rechtsruck vollzogen hat, ist eine grundsätzliche Positionierung gegenüber dieser Partei erforderlich. Dabei ist es von nachrangiger Bedeutung, dass die AfD auf nahezu allen Politikfeldern Positionen einnimmt, die GRÜNEN Inhalten diametral entgegengesetzt sind. Entscheidend ist der Umstand, dass die AfD Hass und Ressentiments schürt sowie Rassisten den Boden bereitet.

Wir GRÜNEN werden Positionen „rechts von der Mitte“ zwar immer entschieden widersprechen. Sie **können** aber durchaus einen Platz im demokratischen Spektrum einnehmen. Eine klare und harte Abgrenzung ist jedoch gegenüber Parteien notwendig, in deren Programmatik die Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte ausdrücklich verneint werden. Hinsichtlich der NPD, bei der genau dies der Fall ist, haben die sächsischen GRÜNEN auf ihrer Leipziger Landesdelegiertenkonferenz am 27. September 2008 einen klaren Kurs der Abgrenzung beschlossen.

Eine pauschale Gleichsetzung der AfD mit neonazistischen Gruppierungen wäre sachlich falsch. Ihre unheilvolle Rolle macht es aber trotzdem erforderlich, eine eigene Haltung ihr gegenüber einzunehmen, die auch in den Parlamenten umgesetzt werden muss. Ein „normales“ Verhältnis ihr gegenüber verbietet sich aus den im Antrag genannten Gründen. GRÜNE Zustimmungen zu AfD-Anträgen wären ein falsches Signal an die demokratische Öffentlichkeit. Deshalb wird eine grundsätzliche Ablehnung von AfD-Anträgen empfohlen.